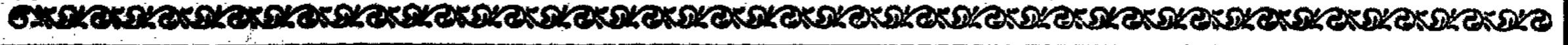


Handwerks-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder



Nr. 31

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementpreis Nr. 1, 50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Groth-Strasse 1. Fernspr. 5, 6246.

Hamburg, den 4. August 1917

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Non-
pareillezeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der
Betrag ist stets vorher einzufenden).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

31. Jahrg.

Nicht Organisationslosigkeit, sondern Organisationsverbesserung!

II.

Der Gegensatz zwischen Organisationslosigkeit, der in der gegenwärtigen Kriegswirtschaft immer von neuem wieder zutage tritt, ist uralte; er zieht sich wie ein roter Faden durch die Entwicklungsgeschichte der Menschheit hindurch. Dabei zeigt sich, daß die geistig und wirtschaftlich Starken — oder die sich für stark hielten — von einer Organisation nichts wissen wollten, sondern für Bewegungsfreiheit kämpften, während umgekehrt die Schwachen unter Verzichtleistung auf einen Teil ihrer Bewegungsfreiheit ihr Heil in der Organisation erblickten. Diese Tatsache bewahrheitet sich auch jetzt wieder: die Produzenten und Händler, die die Lebensmittel in Händen haben, fühlen sich stark und scheuen deshalb nach Ellenbogenfreiheit; auch die wohlhabenden Leute, denen es auf den Preis der Lebensmittel nicht ankommt, wenn sie nur solche kaufen können, schwören auf die Verkehrsfreiheit als das Allheilmittel; aber die große Masse des Volkes, die bei ihren beschränkten Geldmitteln unter der Warenknappheit und der Teuerung ganz ungeheuer zu leiden hat, tritt für eine straffe Organisation ein, damit die Bedarfsgegenstände gerecht und zu einem erträglichen Preise verteilt werden. Das Schreien der Produzenten und Händler nach freiem Verkehr hat nicht etwa seinen Grund in der Sorge für den Lebensunterhalt der Massen, sondern es erklärt sich aus Geldbeuteelnteressen. Die vielgehornte Lebensart: Besser sehr hohe Warenpreise als gar keine Waren! Klingt sehr verständlich im Munde der zahlungsfähigen Leute, aber für die Unterschichten klingt sie wie Hohn. In der Tat würde eine Aufhebung des gegenwärtig geltenden Systems den Händlern und Produzenten riesige Gewinne in den Schoß werfen — viel höhere Gewinne, als sie ohnehin schon einheimen — und den reichen Leuten würde sie die Möglichkeit gewähren, auch die teuersten Waren aufzukaufen und ein herrliches Leben zu führen, während die Massen direkt am Hungertuch nagen müßten. Vom Standpunkt der Volksversorgung aus muß also die zwangsläufige Kriegswirtschaft trotz aller Fehler und Mängel als grundsätzlich berechtigt anerkannt werden, weil nur sie allein den Grundsätzen der Sozialgerechtigkeit entspricht. Das Interesse des Volkes erfordert also dringend, daß wir Front machen gegen alle Versuche, die darauf hinauslaufen, die Wirtschaftsfreiheit wieder einzuführen. Wenn uns die Kriegswirtschaft auch manche Freiheitsbeschränkung auferlegt, so gewährt sie uns wenigstens das Existenzminimum.

Wenn es neben den Kriegswirtschaftlern und Kriegshandwerkern auch noch andere Leute gibt, die in der Befreiung der kriegswirtschaftlichen Organisation den Ausweg aus den Schwierigkeiten unserer Lebensmittelversorgung sehen, so rührt das einerseits daher, daß man früher stets die freie Konkurrenz als einen Segen gepriesen und die schweren Schäden mit dem Mantel der Liebe zugedeckt hat, was dann im Laufe der Zeit zu einer fixen Idee geworden ist, und daß man andererseits vielfach nicht versteht, folgerichtig zu denken. Hat eine Organisation Fehler oder weist sie Mißerfolge auf, so ist es falsch, daraus folgern zu wollen, daß sie einfach beiseite geschoben werden müsse, ein denkender Mensch zieht daraus die Folgerung, daß sie verbessert werden müsse. Auch auf andern Gebieten können wir die Beobachtung machen, daß man Radikalkuren empfiehlt und mit dem Bestehenden radikal aufzuräumen versucht, anstatt für eine Umwandlung und Verbesserung einzutreten. So ist es auch hier. Es wäre ein verhängnisvoller, folgenreicher Fehler, wollte man auf dem Gebiete unserer Lebensmittelversorgung den Umsturz predigen, richtiger ist es, überall die verlesernde Hand anzulegen und die Organisation sachgemäß auszubauen.

Zu dem Zwecke kommt es zunächst darauf an, die zersplitterten, vielfach gegeneinander arbeitenden Organisationen zu vereineinlichen, um dadurch ein planmäßiges Handinhandarbeiten zu ermöglichen. Da kein Wirtschaftsplan für die Kriegszeit vorhanden war und die Organisationen erst bruchstückweise geschaffen werden mußten, konnte natürlich von einer Einheitlichkeit und Planmäßigkeit nicht die Rede sein. Allmählich aber hat sich im Laufe der Zeit ein bestimmter Plan herausgebildet, und nun dürfen wir wohl die Hoffnung hegen, daß die Reibungen zwischen den einzelnen Stellen und Personen möglichst ausgeschaltet werden. Allerdings wird es nie dahin kommen, daß die verschiedenen Personen und Stellen wie die Lämmer nebeneinander arbeiten; denn dazu sind die einzelnen Interessen zu verschiedenartig und die wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen Stadt und Land zu gegensätzlich; aber dennoch läßt sich in gewissem Sinne ein besseres gegenseitiges Verstehen und ein willigeres Entgegenkommen sehr wohl erreichen. Sodann muß bei der Verbesserung der Organisation Gewicht darauf gelegt werden, daß Fachleute und Sachkennner, aber keine Bureauenschen die Leitung und das Bestimmungsrecht in der Hand haben. Es war ein großer Fehler, daß man bei Gründung der Organisationen zu wenig auf Sachkunde und Branchenkenntnis sah, sondern die Sache vom grünen Tisch aus nach Schema F zu regeln suchte, und daß man die bestehenden wirtschaftlichen Organisationen ausschaltete. Welchen Vorteil hätte man allein aus den Erfahrungen, Kenntnissen und Einrichtungen der Konsumgenossenschaftsbewegung ziehen können, wenn man sie in den Dienst der Lebensmittelversorgung gestellt hätte. Aber die Behörden hielten sich für unfehlbar und glaubten, kraft ihres Amtes der Sache gewachsen zu sein, woraus dann Mißgriffe über Mißgriffe entstanden. Das benutzten natürlich die interessierten Kreise, um über den Dankrott der Kriegswirtschaft zu zernern. Sie hielten sich eben an Neugierlichkeiten und Mißständen, die mit dem Wesen der kriegswirtschaftlichen Organisation nichts zu tun haben, und erreichten damit bei Leuten, die nicht folgerichtig zu denken verstehen, auch den gewünschten Erfolg. Eine jede Organisation muß erst allmählich in ihre Aufgabe hineinwachsen, indem sie sich sachkundige, geschulte Mitarbeiter heranzieht, und darum erscheint es durchaus unbillig, schon jetzt an die kriegswirtschaftlichen Organisationen Anforderungen zu stellen, die sie erst dann zu erfüllen vermögen, wenn sie Erfahrungen gesammelt haben. Unter Berücksichtigung der äußerst schwierigen Umstände, unter denen unsere Kriegswirtschaft zu arbeiten, und der inneren Widerstände, die sie zu überwinden hat, kann man nicht bestreiten, daß sie schon beachtenswerte Leistungen aufzuweisen hat.

Eine bedeutende Verbesserung der Organisation unserer Lebensmittelversorgung ließe sich auch dadurch erreichen, daß die Massen der Verbraucher, und darunter besonders die Hausfrauen, mehr als bisher zur Mitarbeit herangezogen werden. Auf dem Gebiete der Warenverteilung könnten die Konsumenten manchen guten Rat geben und auch einen wichtigen Teil der Kontrolle übernehmen. Gewiß sind hier und da bereits Ansätze gemacht worden, aber es geschieht in dieser Beziehung noch lange nicht genug. Die Konsumvereine erscheinen uns als die geeigneten Organe, um diese Aufgabe zu erfüllen, was allerdings voraussetzt, daß in diesen Vereinen Mitglieder aus der Mitte gewählt werden, die aus erfahrenen Frauen und Männern bestehen. Zu Beginn des Krieges wurde allerdings der Grundsatz gepredigt, daß nicht Produzenten- und Händlerpolitik getrieben werden solle, sondern Konsumentenpolitik; aber im Verlaufe des Krieges ist der Verbraucher immer mehr in den Hintergrund gedrängt worden. Und im Grunde genommen ist doch er der Mittelpunkt unseres Wirtschaftslebens, um den sich alles dreht. Das muß auch in unserer kriegswirtschaftlichen Organisation zum Ausdruck gebracht werden.

Wie die Kriegswirtschaft in organisatorischer Hinsicht ausgebaut werden soll, kann hier natürlich nicht im einzelnen erörtert werden, es mögen vorstehende Ausführungen genügen. Die Hauptsache ist, daß die Verbrauchermassen sich nicht irreführen lassen, sondern immer dringender die Forderung stellen, daß die bestehende Organisation nicht gerümmert werden darf, sondern daß sie verbessert werden muß.

Der deutsche handwerks- und Gewerbekammertag zur Lehrlingsfrage.

Am 31. Mai und 1. Juni hielt der geschäftsführende Ausschuss des deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages in Danzig eine Sitzung ab, um für eine im Spätsommer in Aussicht genommene Tagung der deutschen Handwerks- und Gewerbekammern bestimmte Vorschläge auszuarbeiten. Diese betrafen unter anderem auch die jetzt so sehr beachtete Lehrlingsfrage. Da der Einfluß der erwähnten Interessenvertretung des Handwerks gerade auf diesem Gebiete bisher von ausschlaggebender Bedeutung gewesen ist, geben wir hier aus den gemachten Vorschlägen das Wichtigste wieder.

Einleitend wird gesagt, daß die Fürsorge für einen geeigneten Nachwuchs des Handwerks in erster Linie Pflicht der Handwerks- und Gewerbekammern sei. Als geeignete Maßnahmen kämen in Betracht:

- a) Die planmäßige Aufklärung der aus der Schule entlassenen Jugend, sich nicht eines augenblicklichen, oft nur vermeintlichen Vorteils wegen ohne Rücksicht auf ihr späteres Fortkommen, ungelernien oder solchen Berufen zuzuwenden, die erfahrungsgemäß schon an Überfüllung leiden.
- b) Die Schaffung von Einrichtungen und Veranstaltungen, die geeignet sind, die öffentliche Meinung zugunsten des Handwerks zu beeinflussen, zum Beispiel die Abhaltung von Ausstellungen mit Prämierung gut ausgeführter Gesellen- und Lehrlingsarbeiten, die Vereinfachung von staatlichen Mitteln zur Gewährung von Unterstützung an Lehrlinge, die Gründung von Lehrlingsversicherungen und damit im Zusammenhang Herbeiführung einer durchgreifenden Neuregelung einer der verändernden wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Entlohnung der Lehrlinge.

Vorgeschlagen wird weiter eine planmäßige Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung. Außer der Volksschuljugend sollen auch die der höheren Lehranstalten sowie ältere Personen miteinbezogen werden. Die Berufsberatung soll nicht von den einzelnen interessierten Kreisen gesondert gepflegt werden, sondern wäre am besten durch Zentralstellen oder Ausschüsse für einzelne Gemeinden oder Bezirke zu regeln, wobei Vertreter von Handwerk, Handel und Industrie sowie die öffentlichen Behörden und die beteiligten Interessenten mitzuwirken hätten, den Handwerkskammern, Innungen und gewerblichen Vereinen aber ein hervorragender Einfluß eingeräumt werden müsse. „Die Unterbringung der Lehrlinge wird durch Schaffung besonderer Lehrlingsheime, in denen diese zu günstigen Bedingungen Unterkunft und Verpflegung finden, erleichtert werden.“ — „Da die Aufgaben, die die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung erfüllen soll, im allgemeinen sozialen Interesse und ganz besonders im Interesse unserer Volkswirtschaft liegen, ist es eine dringende Pflicht des Staates und der Kommunen, öffentliche Mittel in angemessener Höhe für diese Zwecke zur Verfügung zu stellen, damit bei der Dringlichkeit der Aufgaben überall in Deutschland an die Lösung dieser Frage mit aller Energie herangegangen werden kann.“

Hierzu möchten wir folgendes bemerken: Unter den gewerblichen Vereinen, denen insbesondere bei der Berufsberatung ein hervorragender Einfluß eingeräumt werden müsse, sind die Gewerkschaften nicht erwähnt, und auch sonst scheint man diese bei der Regelung des Lehrlingswesens und bei der so sehr notwendigen Heranziehung von Lehrlingen in die einzelnen Gewerbe in den leitenden Kreisen des Handwerks- und Gewerbekammertages nicht auf der Rechnung zu haben. Es ist bekannt, daß die Gewerkschaften bereit sind, hier entschieden mitzuwirken. Schlägt man das aus, so werden sie zwar nicht untätig bleiben, sondern jedenfalls selbständig vorgehen, wodurch jedoch leicht Reibungen, vielleicht sogar eine gegenseitige Befähigung der von der einen oder andern Seite für gut befundenen Maßnahmen stattfinden. Das aber würde dann statt bessernd zu wirken, die Lehrlingsnot vielleicht erst recht verschärfen, ganz abgesehen davon, daß durch ein gemeinsames Wirken aller zum Gewerbe gehörenden wirtschaftlichen Vereinigungen — und dazu gehören die Gewerkschaften mit — eine unnötige Kräftezersplitterung und damit eine Kräftevergeudung vermieden würde.

Gegner natürlich. — In diesem verwerflichen Treiben nimmt aber auch ein Teil der ausländischen Gewerkschafts-

Ein Musterbeispiel solcher „neutralen“ Mütter ist die „Schweizerische Metallarbeiterzeitung“.

Das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ bespricht sich über einen im „Metallurgiste“ am 12. Mai erschienenen Artikel:

Diese Beschwerde ist gerechtfertigt, denn der in Frage stehende Artikel entsprach nicht den Tatsachen.

Man steht leidiqer den Splitter im Auge des Nachbarn als den Balken im eigenen. Wir haben aber den besten Willen, die internationalen Beziehungen der Gewerkschaften aufrechtzuerhalten, die vor allem so wichtig sind im Hinblick auf die kommenden wirtschaftlichen Kämpfe, die in keinem Lande ausbleiben werden, und die internationalen Solidarität um so dringender erfordern.

Natürlich hat nun das erwähnte „neutrale“ Organ nicht einfach eingestanden, daß es blanten Unfug verzapft hat, sondern es will seine Behauptungen nur aus andern Belegungen entnommen haben.

Wir raten unsern Kollegen, wo ihnen obiger oder ähnlicher Schwindel vorgelegt wird, diesem Treiben entschieden entgegenzutreten.

Don unsern Kollegen im Felde.

Die Filiale S a m b u r g berichtet, daß das Eisene Kreuz zweiter Klasse die Mitglieder Heinrich Carlens und A. D e p e n d e h m e r (Wergeborf), das Hamburger Hansfatenkreuz das Mitglied Otto Rüdiger erhielten.

Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

Berlin. Am 14. Juni fand hier eine nur schwach besuchte Versammlung statt.

Kriegsdienst protestiert und jener das Recht abgesprochen werden sollte, solche Erklärungen im Namen der Gewerkschaften abzugeben.

Hierauf stand ein Antrag des Filialvorstandes zur Verhandlung, der für die Angestellten eine Feuerungszulage fordert.

In der Versammlung am 22. März halle Kollege Wittenzwei die Behauptung aufgestellt, daß auch die Zahlstelle Berlin des Bauarbeiterverbandes den Beschluß gefaßt habe, den „Vorwärts“ zu boykottieren.

Cassel. Am 8. Juli fand die Quartalsversammlung der Filiale statt. Nachdem der Kassenbericht vom zweiten Quartal zur Kenntnis der Versammlung gebracht war, wurde die Frage der weiteren Feuerungszulage behandelt.

Gewerkschaftliches.

Der Zentralverband der Bäcker im Jahre 1916. Das Jahrbuch des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands ist auch in diesem Jahre wieder erschienen.

duktionsmethode eingesetzt hat, was wahrscheinlich noch stärker hervorgetreten wäre, wenn nicht die Anschaffung neuer maschineller Einrichtungen unter heutigen Umständen besonders erschwert wäre.

Der Mitgliederbestand sank von 9110 (6644 männliche und 2466 weibliche) Ende 1915 auf 7484 (5800 männliche und 1684 weibliche) Ende 1916.

Das dauernde Verbot der Nachtarbeit, die vorläufig für die Kriegszeit durch Bundesratsverordnung aufgehoben wurde, ist im Berichtsjahre weiter gefördert worden.

Auch die Beseitigung der Sonntagsarbeit hat im Berichtsjahre Fortschritte gemacht.

Die Lohnbewegungen des Berichtsjahres waren nicht sehr zahlreich und endeten in allen Fällen durch friedliche Verhandlungen.

Table with 2 columns: Year and Number of Societies with Employees. 1914: 97 Societies with 1508 Employees. 1915: 165 Societies with 1855 Employees. 1916: 190 Societies with 1887 Employees.

Es fehlen jetzt noch 59 Verbände mit 106 Beschäftigten, also alles kleinere Vereine, die aber hoffentlich auch bald ihren Verpflichtungen nachkommen werden.

Teuerungszulagen wurden bis Ende 1916 von insgesamt 152 Genossenschaften mit 1892 Personen bewilligt; es ist also immer noch ein, wenn auch kleiner Teil der genossenschaftlichen Arbeiter, die während des Krieges keine Zulagen erhalten haben.

Der Kassenbericht weist für das Jahr 1916 Einnahmen in Höhe von 808 881 und Ausgaben in Höhe von 812 081 nach.

Teuerungszulagen und Tarifbewegung im Holzgewerbe. Bei der herrschenden Teuerung haben die Holzarbeiter sich seit mehr als Monatsfrist um erneute Teuerungszulagen bei ihren Arbeitgebern bemüht.

Bei dieser Sachlage sah sich der Vorstand des Holzarbeiterverbandes veranlaßt, dem Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe Anfang Juni zentrale Verhandlungen über die bis dahin an den einzelnen Orten gestellten Forderungen der Arbeiter anzubieten.

Wie bei den meisten derartigen Fällen, hat es auch dieses Mal wieder recht lange gedauert, bis die Unternehmer ihre Vorbereitungen für solche Verhandlungen getroffen hatten; doch werden diese Verhandlungen nunmehr in den nächsten Tagen unter der Leitung des Kriegsdienstes vor sich gehen.

Der Holzarbeiterverband hat inzwischen auf einer Reichskonferenz am 11. und 12. Juli, zu welcher Vertreter aus 105 Vertragsorten delegiert waren, zu den bevorstehenden Verhandlungen Stellung genommen.

Unter dem Druck der wachsenden Teuerung, die die Existenz der Arbeiterbevölkerung außerordentlich und in steigendem Maße bedroht, haben die Holzarbeiter im Reich gefordert, daß im vorigen Jahre vor dem Reichsamt des Innern getroffene Uebereinkommen, schon seit Monaten erneute Lohnforderungen an die örtlichen Arbeitgeberorganisationen gestellt.

Die heutige Konferenz von Vertretern aus 105 Vertragsorten beauftragt den Verbandsvorstand, die Forderungen in Höhe von mindestens 30 % für die Stunde mit den entsprechenden Nebenforderungen bei den von den

